Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

3.1.1864 (No. 2)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 3. Januar.

Nr. 2.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Unsere auswärtigen HH. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämmtliche Abonnirungen bei den großh. Posterpeditionen mit Ende Dezember abgelaufen sind. Wir ersuchen deßhalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldgefällig bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr. und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den HH. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Für Frankreich abonnirt man bei Hrn. G. Alexandre in Straßburg (Brandgasse Nr. 28) und in Paris (2, Cour du Commerce, Saint-André-des-Arts).

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 2. Januar.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 29. Dezbr. 1863 gnädigst bewogen gefunden, dem Kanzleidiener Mathias Haaß bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, in Anerkennung seiner mehr als 50jährigen treuen Dienstleistungen, die kleine goldene Zivil-Verdienstmedaille zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Hamburg, 1. Jan. (A. Z.) In Lauenburg ist eine Bekanntmachung der Zivilkommissäre erschienen, d. d. Altona, 28. Dez., die Behörden der Herzogthümer hätten in offiziellen Schriftstücken die Bezeichnung als königlich zu vermeiden, das dänische Hoheitszeichen von den Amtsgebäuden zu entfernen, die Beamten sollen die dänische Kokarde nicht tragen.

Kiel, 1. Jan. (A. Ztg.) So eben trifft eine Deputation von Itzehoe ein. Abends ist Festtheater.

△ **Kiel,** 1. Jan. Glückwunsch-Abordnungen kommen von allen Seiten. Dem Herzog Friedrich wurde ein Fackelzug gebracht. Auf die Ansprache der Führer desselben antwortend, betonte der Herzog die Nothwendigkeit der Einigkeit zwischen dem Volk und dem Regenten und sprach die zuversässige Hoffnung auf den baldigen Antritt der Regierung des Landes aus.

△ **Kiel,** 2. Jan. Der Herzog Friedrich hat unterm 31. Dezbr. eine Proklamation erlassen, worin es heißt: „Euerm Ruf wollte ich mich nicht entziehen; ich erfülle meine Pflicht, indem ich die Sorge der ersten Zeit mit Euch trage. Die Bundesexekution, von Anfang an nicht gegen meine Regierung gerichtet, ist jetzt gegenstandlos geworden. Ich bin überzeugt, daß auch der Bund die Gründe, die ihn zur Anwendung einer kommissarischen Verwaltung bewogen, beseitigt erkennen wird. Ich erwarte, daß meine getreuen Unterthanen die vorläufige Landesverwaltung achten und jeden Konflikt vermeiden werden."

† **Rendsburg,** 1. Jan., Nachmittags. Das Kronwerk ist noch nicht geräumt.

Kopenhagen, 31. Dez. (A. Z.) „Berling. Tid." meldet: Das Ministerium sei vorläufig gebildet. Monrad übernimmt das Conseilpräsidium, Finanzen und vorläufig auch das Aeußere; Lundby Krieg, Lütken Marine, Engelstoft Kultus, Quasse Justiz, Nutzhorn das Innere. — Hr. Quaade soll von Berlin zurückgerufen sein.

Paris, 1. Jan. (W. T.-B.) Bei dem Empfang des diplomatischen Korps sprach der Kaiser: „Ich danke dem diplomatischen Korps für seine Glückwünsche; sie sind ein glückliches Vorzeichen für das Jahr, in welches wir eintreten. Ungeachtet der Schwierigkeiten, welche gewisse Ereignisse in verschiedenen Theilen der Welt herbeigeführt haben, hege ich das Vertrauen, daß sie ausgeglichen werden durch den versöhnlichen Geist, der die Souveräne beseelt, und daß wir den Frieden aufrecht erhalten werden."

Die nationale Bewegung und deren Gegner.

Die gegenwärtig Deutschland erfüllende Bewegung ist in unsern Augen wesentlich konservativen Charakters, und wir vermögen nicht in derselben Elemente zu erkennen, welche einer Tendenz des gewaltsamen Umsturzes oder nur einer Unzufriedenheit mit bestehenden Regierungsverhältnissen entsprungen wären. Nicht läugnen läßt sich, daß das Gefühl der Unbefriedigung mit Deutschlands politischem Zustand ein weitverbreitetes ist, und es ist nicht zu erwarten, daß eine allgemein vorhandene Stimmung ohne allen Einfluß auf eine neu dazu tretende nationale Idee und Erregung bliebe, wie umgekehrt. Allein die Färbung, welche die schleswig-holsteinische Sache durch den Zutritt sogenannter progressistischer Elemente erhalten hat, ist eine so schwache und theilweise, daß sie für den unbefangenen Beobachter unwesentlich ist. Ueberdies sind wir weit entfernt davon, diejenigen politischen Gefühle und Parteien, welche sich dem Enthusiasmus für die Befreiung des deutschen Bruderstammes beigemischt und angeschlossen haben, als revolutionäre, d. h. dem Wege gewaltsamer Aenderung gegebener Verhältnisse zugeneigt zu betrachten. So lange populäre Richtungen den Boden des Gesetzes zum Ausgang und zur Begrenzung haben und haben wollen, sind sie nicht als irreguläre zu betrachten, und die Kunst der Regierungen, denen obliegt, über die Erhaltung der bestehenden Güter und die fortschreitende Entwicklung derselben in einem vernünftigen Maße zu wachen, ist vor Allem dahin zu richten, daß dieser gesetzliche Geist in den politischen Strömungen bewahrt bleibe. Bis jetzt haben alle Parteien in Deutschland, mit Ausnahme einiger ultra-reaktionären Organe junkerlicher Kreuzzeitungs-Ideen, die Innehaltung des Gesetzes auf ihre Fahne geschrieben, und bis jetzt ist kein Grund gegeben, an der Aufrichtigkeit dieser Parole zu zweifeln.

Wir bedauern im Interesse der guten Sache, welche der Nation und den Regierungen gegenwärtig in erster Linie am Herzen liegt, wenn hie und da vereinzelte Schritte geschehen sind, welchen der Schein andern Strebens beigelegt werden könnte. Sie bieten kleinmüthigen und böswilligen Naturen Vorwand zu Verdächtigungen und zum Rückzuge.

Die Uebereinstimmung fast aller Parteien, aller Stämme, aller Bestandtheile des deutschen Volks in der jetzigen Lage und für die Rechte Schleswig-Holsteins ist von unendlichem Werthe. Sie ist vorhanden. Es ist aber fast eben so werthvoll, diese Uebereinstimmung zum offenen Ausdruck gelangen zu lassen, nicht durch einseitige Auffassung von Regierungs- oder Parteiprinzipien zu verdunkeln und einen Mißton in die Harmonie nationaler Begeisterung zu werfen.

Wir könnten lächeln über die Furchtsamkeit, welche hinter dieser Begeisterung versteckte Umsturzpläne wittert, wenn sie nicht gerade am meisten dazu angethan wäre, sie zu stören und zu hemmen, und in die erhebende Bewegung eines ganzen Volks kleinliche Polizeikünste zu mischen, von denen der verordnende Arzt nicht weiß, ob sie als niederschlagendes Mittel oder als Reizmittel dienen, ob sie die heilsame Krise unterbrechen oder eine gefährliche an ihrer Stelle erzeugen werden.

Um Vorsicht und Maßhalten bitten wir deßhalb nach allen Seiten hin. Niemand halte sich für so niedrig, daß sein unweises Verhalten nicht der gemeinsamen Sache schaden, Niemand so hoch, daß er über sie weg zur Tagesordnung seiner häuslichen Angelegenheiten und seiner Privatpläne schreiten könne.

Eine Krisis haben wir den gegenwärtigen Zustand genannt, und wir glauben mit Recht: nicht blos in dem Sinne, daß Deutschlands Macht und Ehre vor dem Auslande sich zu bewähren hat, sondern auch in dem Sinne, daß er nach innen läuternd wirkt.

Mit frechem Hohne und anmaßender Selbstüberhebung haben jene Organe einer Genossenschaft, welche keine andere Norm kennt, als ihren Trotz und Eigensinn, die allgemeine Sympathie für die schleswig-holsteinische Sache in den Staub zu ziehen versucht und den, fortschrittlicher Entwicklung des Staates huldigenden Parteien vorgeworfen, daß sie Gesetz, Recht und Legitimität vertheidigen.

Angenommen, diese Parteien richteten sich prinzipiell gegen diese Faktoren, so müßte es dem aufrichtigen, politischen Widersacher derselben von höchstem Werthe sein, eine Wandlung eintreten, einen Akt sich vollziehen zu sehen, welcher zum wenigsten die angeblichen Tendenzen der sog. Fortschrittler arg kompromittiren müßte Willkommen sollten sie die innere oder äußere, freie oder gezwungene Umkehr heißen und durch alle Mittel ermuntern und fördern.

Wir glauben indeß nicht, wie gesagt, an gesetzwidrige oder gar anarchische Bestrebungen selbst der avancirtesten Parteien.

Wir verkennen dabei nicht, daß die Verfassung Deutschlands und die politischen Zustände in einzelnen Staaten geeignet sind, die bestehende Anhänglichkeit an Regierungen und Dynastien, den Glauben an den Schutz des Gesetzes, an die Sicherheit von Recht und Freiheit zu schwächen. Fürsten und Völker verlangen nach einer Reform, aber allseitig — bis auf die schon bezeichneten, welche gewaltsame Rechtsbrüche lehren — will man die gesetzmäßige Verbesserung.

Die holsteinische Sache bietet die Gelegenheit, daß der Glaube an die Macht des Gesetzes, an die Kraft, Weisheit und den guten Willen der Regierungen sich aufrichte. Mit Vertrauen haben sich die Völker an diese gewandt; in Ruhe, wenn auch mit Spannung, sehen sie deren Entschlüssen und Handlungen entgegen.

Fallen diese im Sinn des Rechts und der nationalen Ehre aus; führt die Politik der Höfe und des Bundes in einer großen und ernsten Frage zu einem befriedigenden Ende; zeigt sich, daß, trotz der Bundesverfassung, eine schwunghafte nationale Politik, ein inniges Zusammengehen möglich ist; so mögen wir die bestehenden Verhältnisse als auf eine weitere Dauer befestigt betrachten. Preußen hat dem Beruf zu moralischen Eroberungen, zu politischem Vorwärtsschreiten für jetzt sich entzogen; Oesterreich ist auf seine eigene und auf des Bundes Erhaltung angewiesen. Könnte sich diesem auch die populäre Stimmung weniger abgeneigt gestalten: so möchte sich eine Periode einigermaßen befriedigender Stabilität vorbereiten, welche die gewünschte Reform in ruhigerer Weise ermöglichen würde. Denn man würde gelernt haben, daß die Regierungen weniger Grund zu gegenseitiger Eifersucht und Besorgniß, die Völker weniger Grund zu Mißtrauen gegen ihre Regierungen, die Regierungen mehr Grund zu Vertrauen auf ihre Völker haben, daß politische Parteien sich da, wo es große Ziele gibt, zusammenfinden, und daß mithin die Entwicklung der deutschen Verhältnisse nach allen Seiten hin weniger Vorsichtsmaßregeln erheischt.

Aeußerungen der Sympathie und des Patriotismus, wie sie in erhebender und umfassender Weise vorgekommen sind, vermögen wohl einen moralischen, aber keinen materiellen Einfluß auf die Regierungen zu üben. Ihnen zur Seite steht die Macht der Idee, der überzeugenden Wahrheit. Die freiwillige Ordnung, welche in die Ansammlung von Geldbeiträgen gebracht worden ist, und die sonstigen Vorbereitungen zu einer vermehrten Hilfeleistung an Schleswig-Holstein sind eben so wenig gegen innere Zustände bestimmt, als sie an materieller Macht ausreichen, selbst auf die kleinste Regierung einen faktischen Zwang zu üben.

In diesem Sinne fassen wir die Bewegung, welche durch Deutschland zieht, als eine konservative auf und halten sie für weit entfernt von sog. revolutionären Tendenzen, vielmehr geeignet, da, wo solche etwa wären, dieselben zu absorbiren, jetzt, wie in einem ehrenvollen weitern Verlaufe.

Damit aber ist allerdings nicht gesagt, daß sie nicht in der Folge eine andere Richtung annehmen könne, wenn die nationale Sache statt zur Ehre zur Schande, statt zum Rechte zum Unrechte betrieben, wenn dem Volke statt Vertrauens Symptome bösen politischen Gewissens entgegentreten. Die Geschichte lehrt, daß auch die berechtigtsten Bewegungen der Völker zu tiefen Verstimmungen und zu gefährlichen Störungen führten, wenn ihnen muthwillig Hindernisse bereitet und ihnen das vernünftige Ziel vorenthalten wurde.

Parteien und Regierungen, welche dieses Ziel mit zu erstreben verschmähen, weil es verlangt wird, welche dem gerechten Volkswunsche künstlich Dämme bauen, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn das Volk sich von ihnen abwenden sollte.

In Preußen wird der Regierung von der reaktionären Partei eine Politik angerathen, welche den Reminiscenzen der Periode huldigt, die den Jahren 1848 und 1849 folgte und welche dahin geht, deutsches Land dem Feinde preiszugeben und bei diesem Anlasse in den übrigen deutschen Staaten ihre reaktionären, d. h. freiheits- und fortschrittsfeindlichen Prinzipien zur Geltung zu bringen. Diese Rathgeber übersehen zwei Dinge: daß man in den verflossenen zehn Jahren zu andern Erkenntnissen auch die Einsicht gewonnen hat, wie solche Politik zum Schaden der Regierungen selbst führt, und daß der Manteuffel-Schwarzenbergische Einfluß verfeindeten Regierungen und Völkern und der Neigung bei jenen begegnete, sich beeinflussen zu lassen. Heutzutage würden derartige Versuche Fürsten und Völker geeinigt und keinerlei Lust finden, die gemachten Erfahrungen zu wiederholen.

Wir vertrauen den deutschen Regierungen, daß sie nicht durch falsche Rücksichtnahmen, sondern nur durch den Hinblick auf das Eine große Ziel, in Schleswig-Holstein Deutschlands Ehre und Recht zu vertreten, sich leiten lassen.

Es ist zu keiner Zeit als für eine Regierung entehrend angesehen worden, dem Geiste der Zeit zu folgen. Es ist im Gegentheil das Streben weiser Staatsmänner stets dahin gerichtet gewesen, denselben zu begreifen und zu begleiten. Denn nur dann haben sie die Macht, ihn gelegentlich auch zu belehren und zu lenken.

Deutschland.

× **Frankfurt,** 31. Dez. In der heutigen Bundestags-Sitzung machte das Präsidium die Versammlung mit einer neuen Verzichtleistung des Herzogs Christian von Augustenburg auch zu Gunsten seines zweiten Sohnes (Christian) und der Nachkommenschaft beider bekannt. Ferner theilte dasselbe einen neuen Bericht der Zivilkommissäre über den Fortgang der Auflösung der Regierung in Ploen und über die militärische Besetzung des Landes mit. Hierauf wurden die Anträge des Militärausschusses über Einführung eines allgemeinen Verpflegungsreglements für sämmtliche Bundestruppen fast einstimmig angenommen. Schließlich gab Preußen eine Erklärung gegen den weimarischen Antrag auf Verlängerung der Nachdrucksprivilegien für die Werke von Göthe, Schiller, Herder und Wieland und gegen den Entwurf eines Gesetzes über Patentschutz ab.

Frankfurt, 31. Dez. Man meldet der Wiener „Presse": Die Bundeskommissäre in Holstein sind instruirt, jeder Ausübung eines Regierungsaktes Seitens des Erbprinzen von Augustenburg entschieden entgegenzutreten, und überhaupt nichts zu dulden, was der Schlußentscheidung des Bundes vorgreife.

Frankfurt, 31. Dez. Die „Südd. Ztg." hört gerüchtsweise, daß Bayern in Verbindung mit andern Mittelstaaten die Errichtung eines Lagers bei Forchheim ins Auge gefaßt hat.

Stuttgart, 31. Dez. (Schw. Mrk.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer beantwortete der Minister des Aeußern die von Hölder und Gen. in Betreff Schleswig-Holsteins an ihn gestellte Anfrage. Hölder fügt einige Worte zur Begründung der letztern in Betreff der Anerkennungsfrage des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein bei. Die Ereignisse, sagt er, drängen sich; gestern sei der Herzog unter dem Jubel des Volks in Kiel eingetroffen. Er halte es für unmöglich, daß dem Antritt der Regierung des Herzogs durch den Bund ein Hinderniß entgegengesetzt werden könne. Deßhalb solle der Bund offen sich aussprechen. Der neueste Antrag von Oesterreich und Preußen in Betreff Schleswigs sei nichts Anderes als die Fortsetzung der Exekutionsmaßregel; derselbe stehe übrigens in offenbarstem Zusammenhang mit der europäischen Verbindung, er möchte sagen, mit der europäischen Verschwörung gegen die Rechte des deutschen Herzogs. Die Pression habe schon in Frankfurt begonnen, man kenne die derbe Note des brittischen Kabinets; die einzige Antwort des Bundes darauf könne nur die alsbaldige Anerkennung des Herzogs Friedrich sein (Zustimmung). Es sei traurig, fährt der Redner fort, zu sagen, daß gerade die deutschen Großmächte Deutschland verlassen. Die Anerkennung des Herzogs sei höchst dringend, ehe ein europäischer Kongreß für diese Frage sich aufwerfe. Er hoffe, daß der Minister eine beruhigende Antwort gebe.

Minister v. Hügel: Er erkläre, 1) daß die k. Regierung sich von dem Londoner Protokoll und von den bedingungsweise übernommenen Verbindlichkeiten als vollkommen entbunden erachte und in ihrer Eigenschaft als deutsche Bundesregierung über ihre Abstimmung in der Successionsfrage vollkommen freie Hand sich vindizire, ein Standpunkt, welchen er mit spezieller Genehmigung Sr. Majestät auch in einer an eine außerdeutsche Großmacht in dieser Frage gerichteten Antwort noch in allernenester Zeit wiederholt und sehr entschieden festgehalten habe; 2) daß die k. Regierung eben so entschieden annehme, daß das Londoner Protokoll auch für den Deutschen Bund keinerlei verbindliche Kraft habe, vielmehr der Bund bei Entscheidung der Erbfolge-Frage lediglich vom Standpunkte des Bundesrechts und des Rechts der Herzogthümer, sowie allgemeiner Rechtsgrundsätze auszugehen habe; 3) daß die k. Regierung ihrerseits den Prinzen Friedrich von Augustenburg als den zur Erbfolge Berechtigten betrachte (allgemeines Bravo), und daß der Bundestags-Gesandte schon angewiesen sei, in diesem Sinne entschieden sich auszusprechen. Inzwischen habe es die k. Regierung nicht für angemessen erachtet, durch ein einseitig ausgesprochenes Anerkenntniß der Entscheidung des Bundes in der Erbfolge-Frage vorzugreifen. Im Uebrigen habe es die k. Regierung für sehr zweckmäßig und wünschenswerth gehalten, wenn die Stände des Herzogthums sich aussprechen würden, ohne daß jedoch die schleunige Entscheidung der Erbfolge-Frage dadurch aufgehalten würde. Ferner: Was die an den Bundestags-Gesandten ergangenen und noch zu erlassenden Instruktionen betreffe, so erkläre er, daß er als Rath der Krone für den Inhalt verantwortlich sei. Welche Instruktionen bisher erlassen worden seien, weisen die Bundestags-Protokolle nach, und sie werden auch nachweisen, daß der Gesandte in Bezug auf die Erbfolge-Frage ganz die Weisungen erhalten habe, wie er, der Minister, in seiner Vorlage solche bezeichnet habe. Schließlich erklärt der Minister, daß die k. Regierung in dieser Frage im Wesentlichen mit Bayern in vollkommener Uebereinstimmung sich befinde; aber es werde die Kammer ihm nicht zumuthen, im jetzigen Augenblick nähere Enthüllungen zu ertheilen.

Hölder: Er erkenne mit Befriedigung, daß konstatirt worden sei, die k. Regierung habe sich feierlich von dem Londoner Protokoll losgesagt und frei und unumwunden für das Erbfolge-Recht des Herzogs Friedrich sich ausgesprochen; ebenso daß der Bundestags-Gesandte in diesem und nur in diesem Sinne instruirt worden sei. Allerdings hätte er noch wünschen mögen, daß die k. Regierung mit ihrer Anerkennung auch vorangegangen wäre; allein er habe das Vertrauen zu dem Minister, daß er dem Gesandten in Frankfurt klar gemacht haben werde, wie er sich zu verhalten habe, und daß diese Frage nicht mehr ruhen dürfe, bis sie im bezeichneten Sinne ihre Lösung gefunden.

Schott: Er spreche aus, daß die k. Regierung durch ihr Verhalten in dieser nationalen Angelegenheit wirklich den Dank der Kammer verdient habe, und bitte die Mitglieder, durch Erhebung von den Sitzen dies kundzugeben. (Dies geschieht durch allseitiges Erheben der Kammermitglieder.)

Auf Mittnacht's Antrag wird die Antwort des Ministers auf die Interpellation an die staatsrechtliche Kommission verwiesen.

München, 30. Dez. (Fr. P.-Ztg.) Der Geh. Rath v. Stockhausen, welcher erst kürzlich im Gefolge des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein hier war, ist gestern Abend neuerdings aus Gotha hier eingetroffen, und zwar in der Absicht, längere Zeit hier zu verweilen, wie es scheint, als vorläufig nicht offizieller Vertreter des Herzogs bei unserer Staatsregierung. Hr. v. Stockhausen hatte schon heute Vormittag eine längere Unterredung mit dem Staatsminister Frhrn. v. Schrenk. Gestern und heute sind die neuernannten Gesandten von Preußen und Oesterreich, Frhr. v. Arnim und Graf v. Blome, hier eingetroffen; in den nächsten Tagen werden sie dem König ihre Beglaubigungsschreiben überreichen.

Augsburg, 31. Dez. Die hiesigen Blätter veröffentlichen folgende Erklärung:

Gegen die heute verkündete Entschließung der k. Regierung von Schwaben und Neuburg, wodurch der hiesige Hilfsverein für Schleswig-Holstein geschlossen worden ist, wird Beschwerde an das k. Staatsministerium des Innern ergriffen werden, und ich hoffe von der Gerechtigkeitsliebe desselben mit aller Zuversicht eine Aufhebung des beschwerlichen Beschlusses. Gleichzeitig werde ich bemüht sein, die Gerichte mit der Frage zu befassen: ob die Schließung des Vereins den Gesetzen entspreche. Für den Fortgang der Sammlungen, zwar nicht durch den Verein, aber in anderer gesetzlicher Weise, wird Vorsorge getroffen werden. Dr. Völk.

Darmstadt, 29. Dez. Die „Darmst. Ztg." theilt den Wortlaut derjenigen Note mit, welche die großh. Regierung in Erwiederung der identischen Noten Oesterreichs und Preußens wegen der schleswig-holsteinischen Sache an die hiesigen Vertreter dieser beiden Mächte gerichtet hat. Die Note lautet:

Vermittelst gefälligster Note vom 4. l. M. haben Se. Excellenz der k. k. österreichische (k. preußische) außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Hr. Graf v. Lützow (Frhr. v. Canitz) das Ersuchen hieher gerichtet, daß der großherzogl. Bundestags-Gesandte instruirt werden möge, dem von Oesterreich und Preußen gestellten Antrag auf Vollzug der Bundesexekution in Holstein zuzustimmen.

Da durch den Bundesbeschluß vom 7. l. M. der nächste Zweck dieser Note, die in identischer Weise auch von dem k. preußischen (k. k. österreichischen) Hrn. Gesandten hieher gerichtet worden war, erreicht schien, so hat man diesseits von einer Beantwortung der fraglichen Noten bis jetzt absehen zu dürfen geglaubt.

Um indessen über die Motive der Abstimmung des großh. Bundestags-Gesandten vom 7. l. M. und über die Stellung, welche die großh. Regierung in dieser hochwichtigen Angelegenheit bei den fernern Verhandlungen am dem Bundestag einzunehmen gedenkt, keinerlei Zweifel entstehen zu lassen, hält es der Unterzeichnete für sachgemäß, Sr. Excellenz dem Hrn. Gesandten Nachstehendes mitzutheilen.

Die großh. Regierung war von vornherein der Ansicht, daß die deutsche Bundesversammlung sich, gegenüber den durch das Ableben Sr. Maj. des Königs Friedrich VII. von Dänemark hervorgerufenen Erbfolge-Streitigkeiten, nur auf den Rechtsboden stellen könne, auf welchem sich ihr Beschluß vom 17. Sept. 1846 bewegte, und welchen sie, was die Successionsverhältnisse betrifft, auch in Folge der Beschlußfassung vom 29. Juli 1852 nicht verlassen hat.

Demgemäß wäre die Bundesversammlung, der diesseitigen Ueberzeugung zufolge, nur dann in der Lage, des jetzt regierenden Königs von Dänemark Majestät als Herzog von Holstein und Lauenburg, sowie unmittelbar auch von Schleswig anzuerkennen, wenn der Nachweis geliefert würde, daß eine solche Erbfolge mit den Rechten Aller und Jeder, insbesondere aber mit denen des Deutschen Bundes selbst, sowie mit denen der erbberechtigten Agnaten und der gesetzmäßigen Landesvertretungen übereinstimme.

So lange dieser Nachweis nicht erbracht ist — und er wird, so weit man hierseits die dabei in Betracht kommenden Verhältnisse dermalen zu beurtheilen vermag, wohl niemals vollständig erbracht werden können — muß es die großh. Regierung für rechtlich erachten, daß der Deutsche Bund die Erbfolge des Königs Christian IX. von Dänemark in den Herzogthümern, namentlich in Holstein und Schleswig, und somit die Fortdauer der bisherigen Personalunion zwischen diesen Herzogthümern und dem Königreich Dänemark auf Grund jener Erbfolge anerkenne.

In dieser Beziehung wird es auch, nach hierseitiger Auffassung, keinen Einfluß auf die Entschließung des Deutschen Bundes üben können, ob die königl. dänische Regierung sich etwa jetzt zur Erfüllung von Verbindlichkeiten bereit zeigt, welche sie dem Deutschen Bund gegenüber hinsichtlich der verfassungsmäßigen Stellung der Herzogthümer innerhalb der dänischen Gesammtmonarchie in den Jahren 1851 und 1852 übernommen hatte. Denn gerade die Existenz dieser Gesammtmonarchie steht, so lange die Erbfolge nicht zu Gunsten Dänemarks entschieden ist, in Frage, und die rechtliche Unmöglichkeit, eine solche Entscheidung zu Gunsten Dänemarks zu treffen, liegt nicht in der Thatsache, daß Dänemark den Zusagen von 1851/52 zuwider gehandelt hat, sondern darin, daß die Erbfolge Sr. Majestät des jetzt regierenden Königs von Dänemark in den Herzogthümern unvereinbar wäre mit den Rechten, deren Wahrung die Bundesversammlung durch den Beschluß vom 17. Sept. 1846 sich vorbehalten hat.

Sollte daher auch die jetzige königl. dänische Regierung zu einer Zurücknahme des neuen Grundgesetzes für Dänemark und Schleswig, zu einem wiederholten Verzicht auf jeden erneuerten Versuch der Inkorporation Schleswigs, und zur Vorlage des Entwurfs einer den Verabredungen von 1851/52 vollkommen entsprechenden Gesammtstaatsverfassung bewogen werden können, so würde, nach diesseitiger Ansicht, der Deutsche Bund gleichwohl nicht in der Lage sein, dem weder in dem Bundesrecht noch in dem Interesse Deutschlands wurzelnden Prinzip der Erhaltung eines dänischen Gesammtstaats die Ansprüche eines deutschen Fürstenhauses (soweit solche von Bundes wegen als begründet erkannt werden), sowie die Rechte des Bundeslandes Holstein zu opfern.

Von den vorstehend entwickelten Anschauungen, deren offene Darlegung der Unterzeichnete der hohen k. k. österreichischen (k. preußischen) Regierung schuldig zu sein glaubte, wird sich die großh. Regierung auch bei den ferneren Verhandlungen des Deutschen Bundes leiten lassen, und so sehr sie bedauern müßte, wenn sie hiebei nicht im Einklang mit den beiden größten Staaten Deutschlands handeln könnte, so vermag sie sich doch nicht zu entschließen, den Rücksichten auf ein europäisches Vertragsverhältniß, durch welche jene beiden Mächte sich jetzt noch als gebunden erachten, die Rücksicht auf ihre eigene, bisher stets festgehaltene rechtliche Ueberzeugung unterzuordnen.

Der Unterzeichnete gibt indessen die Hoffnung nicht auf, daß es den hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen möglich sein werde, im weitern Verlauf dieser, die ganze deutsche Nation mit Recht so tief bewegenden Angelegenheit eine Stellung zu gewinnen, welche ihnen gestattet, ohne Rücksicht auf das erwähnte Vertragsverhältniß, lediglich das Interesse Deutschlands und das legitime Recht des zur Succession in den Herzogthümern berufenen Fürstenhauses bei ihren Bestrebungen zu berücksichtigen.

Der Unterzeichnete benützt ꝛc.

Darmstadt, 19. Dez. 1863. gez. v. Dalwigk.

Kassel, 31. Dez. (W. T.-B.) Die Regierung hat heute Nachmittag die Ständeversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Weimar, 31. Dez. Die „Weimar. Ztg." meldet: „Nach sicherm Vernehmen haben Prälaten und Ritterschaft aus Holstein an die Bundeskommissäre eine Eingabe gerichtet, in welcher sie die Anerkennung des Herzogs Friedrich VIII. aussprechen und um Befürwortung derselben bei'm Bundestag bitten."

Dresden, 31. Dez. (W. T.-B.) Das „Dresden. Journ." meldet: „Der Erbprinz von Augustenburg hat den Bundeskommissären erklärt, er beabsichtige weder die Regierungsgewalt zu übernehmen, noch dem Bundesbeschluß vom 7. Dez. entgegenzutreten."

Leipzig, 31. Dez. Aus „sicherster Quelle" erfährt die „Spen. Ztg.", daß dieser Tage telegraphisch der österreichische Generalkonsul dahier, Legationsrath v. Grüner, bedeutet wurde, sich bereit zu halten, jeder Zeit als österreichischer Kommissär nach Holstein abzugehen, da bei einem „eventuellen Kriegsfall mit Dänemark" ein solcher dort dringend nothwendig sei.

Hannover, 31. Dez. Die „N. Hannov. Ztg." vertheidigt die schleswig-holsteinische Politik der Regierung gegen verschiedene Kundgebungen der Presse. Zunächst sei unbegründet, was von verschiedenen Blättern über die von ihr angeblich beantragten Instruktionen für die Zivilkommissäre insinuirt werde. Eine Erfindung sei ferner die Behauptung, daß die von der Regierung beantragten Instruktionen die Veranlassung gewesen seien für die Ablehnung des Staatsministers a. D. v. Münchhausen. Derselbe habe jedoch die Uebernahme des Bundes-Zivilkommissariats nicht wegen Differenzen mit der hiesigen k. Regierung abgelehnt; er habe sich mit letzterer vielmehr über den Zweck der zu ergreifenden Maßregeln in vollstem Einverständniß befunden und lediglich deßhalb die ihm angetragenen Funktionen nicht übernehmen zu können geglaubt, weil seine Anträge in Frankfurt a. M. keine Annahme gefunden haben. Mit vollster Bestimmtheit könne dabei versichert werden, daß diejenigen Differenzen, welche die Ablehnung des Hrn. v. Münchhausen veranlaßten, in durchaus keinem Zusammenhang mit der Erbfolge-Frage stehen. Die hannoversche Regierung, welche bisher nichts versäumt habe, was ihr zu thun oblag, werde auch in der fernern Entwicklung der Frage durch die That beweisen, daß sie fest entschlossen ist, jedem nationalen Rechte, so weit es an ihr liegt, vollste Anerkennung und Geltung zu verschaffen.

Hamburg, 31. Dez. (Presse.) Nachrichten aus Kopenhagen neuesten Datums melden: Bischof Monrad erhielt Auftrag, ein Ministerium zu bilden, nachdem der König die hervorragendsten Mitglieder des Ministeriums Hall und die Führer der verschiedenen Parteien, auch Andreae, Bluhme und Tscherning, zu einer erweiterten Staatsraths-Sitzung berufen hatte, um ihre Ansicht über die Krise und die Möglichkeit, dieselbe zu beschwören, zu vernehmen.

Man war einig über zwei Punkte: Unmöglichkeit, die Verfassung vom 18. Nov. durch einen Staatsstreich zu beseitigen; Unmöglichkeit, Schleswig ohne Kampf aufzugeben. Gleichwohl ward beschlossen, es mit einem Kompromiß zu versuchen, dahin gehend, dem auf Grund der November-Verfassung zu berufenden Reichsrath die Einbeziehung Holsteins in diese Verfassung vorzuschlagen, um hiedurch eine Gesammtstaatsverfassung zu erzielen. Niemand in Kopenhagen glaubt an die Durchführbarkeit dieses Kompromisses, und die Konstituirung eines Ministeriums durch Monrad ist sehr zweifelhaft.

Altona, 29. Dez. (N. Z.) Das Gerücht von dem Einrücken österreichischer Truppen in Altona hat sich nicht bestätigt. Es stehen bis jetzt nur Sachsen und Hannoveraner auf holsteinischem Gebiet.

Kiel, 30. Dez. (Nat.-Ztg.) Sie haben großartige Illuminationen in der Hauptstadt gehabt, so großartig, daß uns in spaltenlangen Berichten davon erzählt wurde. Und doch mag, der Anlaß sei gewesen, welcher er wolle, hin und wieder ein oder das andere Haus sich ausgeschlossen haben. Hier war weder das große Haus noch die Wohnung des Armen dunkel geblieben, und in den erhellten Straßen machten die Guirlandendekorationen, die Fahnen und Wappen einen sehr schönen Eindruck. Man muß es miterlebt haben, endlich von einem verhaßten schweren Druck befreit zu sein, um den Enthusiasmus unserer Stadt begreiflich zu finden. Die Soldaten, denen man es ansah, wie wohl sie sich bei ihren gastlichen Wirthen fühlten, zogen, die Schleswig-Holstein-Hymne singend, Arm in Arm mit den Zivilisten durch die Straßen. Die Stadt athmete seit langen Jahren zum ersten Male wieder frei auf; wer zürnt ihr, wenn sie mit dankbarem Herzen jubelte? Transparente leuchteten von den Fenstern nieder, theils schleswig-holsteinische Wappen, theils Inschriften in flammendem Blau-Weiß-Roth. Hier trat die leuchtende Mahnung uns entgegen: „Seid einig, einig, einig!", dort die von 14 dänischen Königen beschworene Devise: „Un sollen sin up ewig ungedeelt!" „Wer nicht vertrieben sein will, muß vertreiben", sagte ein drohendes Schild, während dort, als Erklärung für ein schleswig-holsteinisches Wappen, das, lange verhüllt, jetzt in alter Herrlichkeit herabschimmerte, der von Klaus Groth gedichtete Vers flammte: „Veer Jahr seet ick lustig un hell anne Wand, Twölf Jahr heff ick trauert hier unbekannt, De Ked' is nu los von mi un mi Land, Doch hollt se op ewig es en isern Band." — Nirgends kam eine Ruhestörung vor; doch um keine Vorsichtsmaßregel eventuell unterlassen zu haben, hatten 100 der ersten hiesigen Bürger, an weißen Binden um den Arm als Sicherheitsausschuß kenntlich, gewissermaßen einen Straßen-Patrouillendienst eingerichtet. — Der Geist der Truppen läßt nichts zu wünschen übrig. Auch die Offiziere, so weit ich mit einzelnen dieser Herren gesprochen habe, sind begeistert für die Sache, der sie nur recht bald ihren Degen zu weihen wünschen, wenn auf dem Schlachtfeld die eisernen Würfel fallen.

Kiel, 30. Dez. (Hamb. K.) Heute Nachmittag gegen 4 Uhr verbreitete sich wie ein Lauffeuer die Kunde, daß der Herzog Friedrich VIII. unerwarteter Weise hier angekom-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

men, durch die Stadt. Ein hiesiger Bürger schickte ihm seine Equipage nach dem Bahnhofe, wohin ihn ein Extrazug von Glückstadt her gebracht hatte. In dem Wagen nahm er neben dem Minister Francke, Senator Klotz, Prof. Planck, zu denen sich Dr. Vollbehr gesellte, Platz. Sie fuhren nach dem Bahnhofs-Hotel. Inzwischen hatte sich ein bedeutender Theil der Kieler Einwohnerschaft dort im festlichen Aufzuge, geschmückt mit Fahnen, ein Musikkorps, in der Eile zusammengerufen, dort versammelt. Der Herzog mit den genannten Herren, vor dem die Turner marschirten, fuhr, ein unzähliges Gefolge hinter sich, durch die Straßen der Stadt und zurück nach dem Bahnhofe. Dort redete der Dr. Vollbehr, auf die Bedeutung der Ankunft des Herzogs nach einem Feste, wie am gestrigen Tage 2c., hindeutend. Der Herzog antwortete, und zwar in dem Sinne seiner früher erlassenen Proklamation, ermahnend zur Eintracht mit den Exekutionstruppen und erinnernd, wie er seiner Pflicht so eingedenk zu sein sich bestreben werde, wie er hoffe, daß das Land es sei. Einigkeit mache stark, und die Wahrheit dieses Spruchs werde sich europäischer Politik gegenüber bewähren.

Rendsburg, 31. Dez. Nachdem heute Morgen die Dänen abgezogen waren, rückten 5000 Mann Sachsen unter dem Befehl des Generals Hake hier ein und wurden begeistert begrüßt. Der dänische Kommandant gab vor, in Betreff der Kronwerke ohne Instruktion zu sein, und ließ die weggenommenen Pallisaden wieder einsetzen. General Hake gestattete ihm bis morgen Bedenkzeit, unter der Androhung, das Kronwerk sonst gewaltsam zu nehmen.

Heide (Dithmarschen), 29. Dez. (Nat.-Z.) Endlich hat auch uns der Landesfeind verlassen! Nachdem in Süderdithmarschen die Orte Marne und Meldorf, in Norderdithmarschen Wesselburen mit der Proklamirung des Herzogs vorangegangen, wurde heute auch hier, im Hauptort Dithmarschens, Friedrich VIII. auf offenem Markte gehuldigt. Advokat Brodersen, Mitglied des Landeskomitee's, gab zunächst im Versammlungssaal eine historische Entwicklung unseres unzweifelhaften Rechts auf gänzliche Trennung von Dänemark. Dr. Dohrn forderte sodann in kurzen, kernigen Worten seine Mitbürger auf, mit ihm dem rechtmäßigen Landesherrn zu huldigen durch Erhebung der Hände und ein Hoch auf den Herzog Friedrich VIII. Dem donnernden Hoch folgte: „Nun danket Alle Gott!" Advokat Brodersen brachte sodann dem einigen freien Schleswig-Holstein ein Hoch, dem das Nationallied folgte. Darauf bestieg Hr. Stammer, einer der angesehensten Bürger, die Tribüne, um daran zu erinnern, daß wir nicht allein Dithmarschen, nicht allein Schleswig-Holsteiner, sondern vor Allem Deutsche sein und bleiben wollten. Ein jubelndes „Hoch Deutschland!" folgte seinen Worten. Mit dem Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland" schloß die ernste Feier. Sie hat jetzt, Abends 8 Uhr, ihre Fortsetzung gefunden in einer glänzenden Illumination. Alles ist durchaus ruhig verlaufen.

Berlin, 31. Dez. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war nur schwach besetzt. Hr. v. d. Heydt war bereits wieder eingetreten. Vom Präsidenten Grabow war ein Schreiben eingegangen, wonach er wegen Krankheit noch nicht wieder an der Sitzung Theil nehmen kann. Der Vizepräsident theilt ferner mit, daß das Präsidium beim Hofmarschallamte in üblicher Weise angefragt habe, ob und wann der König dasselbe zur Neujahrsgratulation empfangen wolle. Die gestern eingelaufene Antwort bedauert, daß der König durch Unwohlsein gehindert sei, das Präsidium zu empfangen. Hierauf verlas der Vizepräsident folgende Antwort Sr. Maj. des Königs auf die Adresse:

Ich habe den Inhalt der Adresse, welche das Haus der Abgeordneten in Betreff der dänischen Angelegenheit an Mich gerichtet hat, mit der Sorgfalt erwogen, welche Ich bereits den Wünschen und Ansichten des Hauses zuwende.

Wenn an die Spitze dieser Adresse der Satz gestellt worden ist, daß das Haus der Abgeordneten bereits die Richtung bezeichnet habe, welche einzuhalten Deutschlands Ehre und Interessen gebieten, so will ich annehmen, daß damit der Mir nach der Verfassung und den Gesetzen des Landes zustehenden Entscheidung über die Beziehungen der Monarchie zum Auslande nicht hat vorgegriffen werden sollen.

Mit diesem Meinem Rechte ist die königliche Pflicht untrennbar verbunden, die Ehre und die Interessen Preußens dem Auslande gegenüber zu vertreten und zu schützen, und Ich weiß, daß Ich Mich in der Ausübung dieser Pflicht auf die bewährte Hingebung Meines Volkes stützen kann; Ich weiß aber auch, daß Ich die Frage, wann Ich dieses Volk zum Kampfe aufzurufen und Gut und Blut von seiner Opferbereitschaft zu fordern habe, mit landesväterlicher Sorgfalt erwägen muß.

Ich würde es mit der Gewissenhaftigkeit in Erfüllung Meines königlichen Berufs nicht vereinbar finden, wenn Ich den höchsten Aufgaben, welche Recht und Verfassung dem König stellen, nicht Meine volle und leitende Thätigkeit widmen wollte.

Das Haus der Abgeordneten kann daher überzeugt sein, daß die Richtung, in welcher Meine Regierung die auswärtige Politik geführt hat, das Ergebniß Meiner reiflich erwogenen Entschließungen ist. Ich habe die letzteren gefaßt mit Rücksicht auf die von Preußen geschlossenen Verträge, auf die Gesammtlage Europa's und auf unsre Stellung in derselben, aber zugleich mit dem festen Willen, das deutsche Recht in den Herzogthümern zu wahren und für die berechtigten Ziele, welche Preußen zu erstreben hat, erforderlichen Falls mit den Waffen in der Hand einzustehen. In welcher Form und zu welchem Zielpunkte jedes einzelne zur Erreichung dieser Ziele führende Mittel zur Anwendung zu bringen sein wird, darüber kann die Mir verfassungsmäßig zustehende Entscheidung nur von Mir Selbst getroffen werden. Bei derselben werde Ich Mich von dem unwandelbaren Entschlusse leiten lassen, die Sache der Herzogthümer so zu führen, wie es Preußens und Deutschlands würdig ist, gleichzeitig aber den Verträgen die Achtung zu bewahren, welche das Völkerrecht fordert. Das Haus der Abgeordneten kann nicht von Mir erwarten, daß Ich willkürlich und ohne Beachtung der internationalen Beziehungen Preußens von den 1852 abgeschlossenen europäischen Verträgen zurücktrete. Die Successionsfrage wird durch den Deutschen Bund unter Meiner Mitwirkung geprüft werden, und dem Ergebniß dieser Prüfung kann Ich nicht vorgreifen. Bevor dasselbe feststeht, handelt es sich um Beschaffung der Mittel für die vom Deutschen Bunde beschlossenen Exekutionsmaßregeln und für die im Gefolge derselben etwa nöthig werdenden Vertheidigungsanstalten.

Die Vollziehung des Bundesbeschlusses ist eine dem Staate rechtlich und vertragsmäßig obliegende Pflicht, und die Gefahren, welche sich aus derselben leicht und schnell entwickeln können, dürfen das Land nicht unvorbereitet treffen. Unter diesen Umständen kann das Haus die schwere Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen wollen, diese ganz unentbehrlichen Mittel zu versagen, oder ihre Bewilligung an Bedingungen zu knüpfen, welche in die zweifellosen Rechte Meiner Krone eingreifen. Ich würde es nicht verstehen, wenn dasselbe Haus, welches Meine Regierung so lebhaft zur Aktion drängt, in dem Augenblick und auf dem Felde, wo diese Aktion eintreten kann und muß, die Mittel zu derselben versagte. Ich würde es um so weniger verstehen, als Meine Gesinnung und Mein Wort dafür bürgen, daß die Mittel, welche Ich zum Schutze des Rechtes und der Ehre des Landes fordere, nicht diesem Zweck entsprechend verwandt werden. Jeder Zweifel daran widerspricht dem Vertrauen, welches das preußische Volk in das Wort seiner Könige zu setzen gewohnt ist.

Ich muß das Haus unter mahnender Hinweisung auf den Ernst des Momentes und auf die Wichtigkeit der Entscheidung für die Zukunft des Vaterlandes zu vertrauensvoller Berathung der Vorlage vom 8. d. M. und, im Hinblick auf die unaufhaltsame Entwicklung der Thatsachen, zu beschleunigter Bewilligung der, für die Erfüllung der Bundespflichten und für die Sicherstellung der Landesvertheidigung unabweislich nothwendigen Anleihe auffordern.

Berlin, den 27. Dez. 1863.

Wilhelm.

v. Bismarck, v. Bodelschwingh, v. Roon, v. Mühler, Graf zur Lippe. Graf zu Eulenburg.

Die Antwort wird der Anleihekommission überwiesen. Der Ministerpräsident bringt einen mit Altenburg abgeschlossenen Staatsvertrag wegen Austausches einiger kleinen Gebietstheile zur Genehmigung, der Finanzminister einen Gesetzentwurf, betr. die Bewilligung von 75,000 Thlr. für ein Hauptzollamts-Gebäude. Hierauf Schluß der Sitzung. Nächste Sitzung am 4. Januar.

Berlin, 31. Dez. Die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg." bringt folgende offiziöse Notizen:

Wie wir vernehmen, werden die Gesandten Preußens und Oesterreichs in den nächsten Tagen Kopenhagen verlassen, sofern die Aufhebung des Grundgesetzes vom 18. Nov. d. J. nicht mit dem Schluß des laufenden Jahres erfolgt.

Der von Preußen und Oesterreich bei dem Bund wegen Besetzung von Schleswig gestellte Antrag hat, wie uns mitgetheilt wird, bereits eine protestirende Erklärung der englischen Regierung zur Folge gehabt. Dieselbe hat sich gegen die deutschen Regierungen dahin ausgesprochen, daß für den Fall deutsche Truppen die Eider überschritten, England die von Dänemark nachgesuchte Hilfe zu leisten, nicht würde umhin können.

Der „Staatsanzeiger" meldet: Der König kann aus Gesundheitsrücksichten die sonst gebräuchlichen offiziellen Beglückwünschungen nicht entgegenehmen und empfängt nur die königliche Familie, den Hof, den Feldmarschall Wrangel, den Oberbefehlshaber General v. Werder, den Militärgouverneur v. Schack und das Staatsministerium.

Berlin, 31. Dez. (Presse.) Oesterreich und Preußen haben an die übrigen Unterzeichner des Londoner Protokolls eine Note entsendet, welche in Erläuterung ihres am Bunde eingebrachten gemeinsamen Antrags jede Unterstellung eines aggressiven Charakters desselben abweist, und die eventuelle Okkupation Schleswigs als lediglich im Interesse der Sicherung vertragsmäßig von Dänemark übernommener Verpflichtungen darstellt. Die Okkupation sei eben so wenig gegen die Ansprüche des Königs Christian gerichtet, als sie die Ansprüche des Erbprinzen von Augustenburg unterstützen solle.

Wien, 30. Dez. Die „Wien. Abendpost" schreibt offiziös:

Mehrere deutsche Blätter bringen ziemlich übereinstimmende Korrespondenzen aus Hamburg, in welchen der Befehlshaber der Brigade der k. k. Truppen, General Graf Gondrecourt, beschuldigt wird, er habe in Verabredung mit den Dänen in Altona einrücken wollen, was aber durch energischen Befehl des Oberbefehlshabers, des k. sächsischen Generals v. Hake, welcher durch den Zivilkommissär seiner Regierung von dem Vorhaben in Kenntniß gesetzt worden sei, wieder rückgängig geworden wäre. Wir haben dagegen zu bemerken, daß Graf Gondrecourt auf Weisung seines Oberbefehlshabers, des Generals v. Hake, sich bereit hielt, mit seiner Brigade in Holstein einzurücken. Nur in Folge der Ansicht der zuständigen Bundesbehörde in Frankfurt, es entspreche strenger dem Beschluß vom 1. Okt. d. J., wenn die beiden (von Oesterreich und Preußen gestellten) Reservebrigaden vorerst noch außerhalb des holsteinischen Gebietes ihre Aufstellung behielten, nachdem die dänischen Truppen das Herzogthum zu räumen beordert waren, hat sodann der die Exekutionsarmee kommandirende k. sächsische General v. Hake seine früheren Befehle modifizirt, und demgemäß hatte die k. k. Brigade Gegenbefehl erhalten und war angewiesen worden, vorerst in Hamburg zu bleiben.

Frankreich.

♁ **Paris**, 31. Dez. General Fleury soll — von Kopenhagen zurückgekehrt — dem Kaiser erklärt haben, daß er den Krieg zwischen Deutschland und Dänemark als unvermeidlich erachte. Dennoch, oder vielleicht richtiger gerade deßhalb, verweigert die französische Regierung ihren Beitritt zu den von England vorgeschlagenen Pariser Konferenzen wegen des deutsch-dänischen Konflikts. Die kaiserliche Regierung beharrt auf dem alle Fragen umfassenden, beschränkten Kongreß. In diesem Sinn hat sich gestern Hr. Drouyn de Lhuys gegen die Diplomaten ausgesprochen, die zu einem großen Diner in's Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geladen waren. — Die „France" glaubt das demnächstige Eintreffen des Erzherzogs Maximilian in Paris melden zu können. — Während seines Aufenthalts in Compiègne überreichte Hr. v. Girardin dem Kaiser eine Denkschrift über die Nothwendigkeit liberaler Konzessionen. Der Kaiser gab dies „im Prinzip" zu, erklärte jedoch, daß er den Zeitpunkt für solche Konzessionen noch nicht gekommen erachte und selben jetzt schon nicht feststellen könne. — Der Adreßentwurf wird Dienstag im Gesetzgeb. Körper verlesen werden und die Diskussion am 11. beginnen. — Der „Courrier de Nantes" ist wegen eines ungenauen Berichts über die Kammersitzungen auf den 2 Jan. vor das Zuchtpolizeigericht geladen. — Zu Bordeaux starb ein bekannter Anwalt Bellot de Minères; an seinem Grabe sollten mehrere Reden gehalten werden, der Präfekt jedoch gestattete nur dem Batonier zu sprechen. — Die Börse war fest und die Kurse bleiben etwas besser. Rente 66.50. Mob. 1046.

Rußland und Polen.

Warschau, 30. Dez. Eine Verordnung des Statthalters bestimmt, daß bis zur völligen Wiederherstellung der Ruhe sämmtliche Polizeibehörden, auch der Oberpolizeimeister von Warschau, der Militärbehörde untergeordnet bleiben.

Großbritannien.

* **London**, 30. Dez. Alle Blätter, die heute für Dänemark ihre Lanze brechen, „Post", „Herald", „Standard" und „Star", erheben die schwersten Anklagen gegen Oesterreich und Preußen. Am prägnantesten drückt sich diesmal der „Herald" aus. Es sei jetzt vollkommen klar, daß Oesterreich und Preußen nur aus Furcht vor England ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen Anfangs in bedingter Weise anerkannten. Ohne die Furcht vor Englands Macht und Einfluß würden sie diese Verbindlichkeiten gleich nach dem Tode Friedrich's VII. abgeschüttelt haben. Earl Russell's Benehmen habe sie überzeugt, daß England die Eroberung Schleswigs ruhig mit ansehen und erst, wenn dieses „Verbrechen" ausgeführt ist, bitten werde, daß man dem Opfer kein weiteres Leid zufüge. Daher — sagt der „Herald" — nehmen die beiden Regierungen so rasch, als sie mit Anstand thun können, die gewöhnliche deutsche Doktrin von dem Recht des Prinzen von Augustenburg auf beide Herzogthümer an. Sie sind im Einverständniß mit den kleinern Staaten. Nach Anführung all der verschiedenen Tagesbegebenheiten, die ihn zu diesem Schluß berechtigen, und nach feuriger Ausmalung der Schamröthe, welche dieser Verrath jedem „die Ehre und die Prinzessin von Wales liebenden" Engländer in die Wangen treiben müsse, kommt der „Herald" auf die neueste, dem Bundestag übergebene englische Note und bemerkt:

Der Bundestag wird von der vorgeschlagenen Konferenz nichts wissen wollen. Er versteht unter Earl Russell's „Verwicklungen" jene Schreckschüsse mit französischer Einmischung, denen er wenig Gewicht beilegt. Er weiß, daß England selbst nichts thun wird, und wird diese Depesche Earl Russell's mit derselben Verachtung behandeln wie seine früheren. Der Bundestag hat Recht. Die Organe der liberalen Partei erklären unverblümt, daß England die Dänen sich selbst überlassen werde, aber sie drohen Deutschland mit Frankreich. Deutschland lacht der Drohung. Frankreich wird nicht für England die Kastanien aus dem Feuer ziehen. Englische Interessen sind es, welche die Zerstückelung Dänemarks bedroht. [Wie so?] Napoleon III. hat gute Gründe, diese große deutsche Bewegung mit Vergnügen anzusehen. England allein kann die Beraubung Dänemarks (!) verhindern; Englands Interessen und Englands Ehre verlangen — wie es scheint vergeblich — daß es die Beraubung verhindere.

„Morn. Post" fürchtet, daß jeden Augenblick der erste Schuß eines möglicher Weise großen europäischen Kriegs an der Eider fallen könne. Preußen und Oesterreich sprächen bereits offen von weitergehenden Schritten, falls die November-Verfassung nicht zurückgenommen würde; aber diese Zurücknahme einer „allerdings mit unpolitischer Uebereilung" gegebenen Verfassung sei eine Unmöglichkeit. König Christian habe der Zugeständnisse schon so viele gemacht, daß er nicht weiter zurückweichen könne, u. s. w. Kurz, der von Oesterreich und Preußen in Frankfurt gestellte Antrag, daß, wenn die November-Verfassung nicht falle, die Erbfolge-Frage wieder offen sein solle, lasse sich durch nichts rechtfertigen.

Der „Globe" schiebt alles Unheil der deutschen Einheitspartei in die Schuhe, gegen die er so in Wuth geräth, daß es Einem ernstlich für seinen Verstand bang werden kann. Oder sollte dies nicht der Fall sein, wenn man folgenden Satz liest: „Es steht fest, daß die Partei der deutschen Nationaleinheit sich jetzt bewaffnet, um in Dänemark dasselbe Einheitsstreben, welches sie daheim in Deutschland begünstigt, zu erdrücken."

London, 1. Jan. Der „Morn. Herald" versichert, es seien vorgestern englische Depeschen nach Berlin und Wien abgegangen, welche die Erklärung enthielten, daß England verpflichtet sein würde, Dänemark gegen einen etwaigen Eingriffsversuch in dessen Territorialrechte so viel wie möglich, und zwar materiell beizustehen. (S. auch Berlin.)

Nachschrift.

Telegramm.

△ **Turin**, 2. Jan. Beim Neujahrsempfang sagte der König zu einer Abordnung des Parlaments: er bedauere, daß das Jahr 1863 keine Gelegenheit zur Vollendung des Werkes der Erlösung Italiens geboten habe. Für das Jahr 1864 zeigten sich in unbestimmter Gestalt europäische Verwicklungen, die eine erwünschte Gelegenheit bieten könnten. Das Land könne auf ihn zählen, wie er auf das Land zähle. [Der „Schw. Mkt." bringt die letzten Sätze in folgender Lesart: „Die europäischen Komplikationen für 1864 bezeichnete er als nicht gut geeignet, um die ersehnte Gelegenheit bieten zu können. Das Land möge aber auf ihn rechnen, wie er auf das Land rechne."]

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

1. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr.	27"8,27"'	2,0	N.O.	gz. bew.	Trüb, Frost, Schnee.
Mittags 2 „	„ 9,73"'	— 1,0	„	„ „	„ Schneefl.
Nachts 9 „	„ 10,90"'	— 2,0	„	stark „	„ „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 3. Jan. 1. Quartal. 2. Abonnementsvorstellung.
Die Hugenotten; große Oper in 5 Akten, von Meyerbeer.

Danksagung.

Z.d.306. Karlsruhe. Außer Stande, für die zahlreichen schriftlichen Theilnahmsbezeigungen auswärtiger Freunde, anläßlich des Heimgangs meiner unvergeßlich lieben Gattin, meinen tiefgefühlten Dank brieflich auszudrücken, wähle ich nach mehrtägigem Unwohlsein nachträglich diesen Weg, um dem Gefühle meiner wärmsten Dankbarkeit und Ergebenheit diesen schwachen Ausdruck zu leihen.

Karlsruhe, den 2. Januar 1864.

G. Gerhard,
Rechnungsrath.

Z.d.288. Karlsruhe. Freunden und Verwandten widme ich die Trauerkunde von dem gestern Abend 10 Uhr nach kurzem Leiden, in einem Alter von 69 Jahren, erfolgten Ableben meiner innigstgeliebten Schwester Luise Freifräulein Schilling von Cannstatt, und bitte ich um stille Theilnahme.

Karlsruhe, den 1. Januar 1864.

v. Schilling, Hofmarschall a. D.

Z.d.299. Ichenheim. Allen Verwandten und Bekannten die Trauernachricht, daß meine liebe Frau, Charlotte, geb. Herzer, heute früh 5 Uhr nach kurzem Krankenlager sanft im Herrn entschlafen ist.

Ichenheim, den 31. Dezember 1863.

F. Xaver Baur, Apotheker.

Karten von Schleswig-Holstein ꝛc.

Z.d.301. In der **G. Braun**'schen **Hofbuchhdlg.** in **Karlsruhe** sind vorräthig:

Karten von **Schleswig, Holstein, Lauenburg, Dänemark**, den **Küstenländern der Nord- und Ostsee, Rußlands Ostseeprovinzen** ꝛc.

zum Preise von 12, 18, 27, 36, 54 kr., 1 fl. 12 kr., 2 fl. 42 kr.

Z.d.291. Rastatt.

Bekanntmachung.

Von den durch die Stadt Rastatt ausgegebenen Partialobligationen sind bei der heute urkundlich vorgenommenen Ausspielung nachbenannte Nummern zur Heimbezahlung gezogen worden, nämlich die Nummern:

181. 233. 46. 5. 260. 71. 172. 98. 283.
135. 124. 39 und 51.

Dieses wird mit dem Anfügen öffentlich bekannt gegeben, daß die Heimbezahlung der bezüglichen Kapitalien vom **1. Juli 1864** an von der hiesigen Stadtkasse erfolgt, und von diesem Tage an kein Zins mehr für dieselben bezahlt werden wird.

Rastatt, den 31. Dezember 1863.

Das Bürgermeisteramt.
Sallinger.
vdt. Leiner, Rathschr.

Z.d.295. Frankfurt a. M.

Agentengesuch.

Eine der solidesten deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften, die die Organisation des süddeutschen Geschäfts vornimmt, sucht unter liberalen Bedingungen für einzelne Distrikte des Königr. Bayern, Württemberg, das Großherzogth. Hessen und Baden tüchtige General-, resp. Hauptagenten, und belieben hierauf Reflektirende mit näheren Angaben an die Expedition für Zeitungs-Annoncen von **Otto Molien** in **Frankfurt a. M.** mit der Bezeichnung „K. C. 115, Generalagentur betreffend" sich ehestens zu wenden.

Z.d.273. Heidelberg.

Eine Buchdruckerei

von ungefähr 40 Ztrn. mit vielen Titelschriften, einer Handpresse (Stanhope) und 1 Steindruckpresse ist zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen **Ad. Fabricius**, Buchdrucker in Heidelberg.

Z.d.271. Offenburg.

Messerschmieden,

welche gesonnen sind, sich in Offenburg zu etabliren, bietet sich, durch einen Todesfall herbeigeführt, eine der günstigsten Gelegenheiten dar, daselbst ein Wohnhaus mit Schmiedewerkstatt und Schleifereieinrichtung mit allem Zugehörde, sowie ein in jeder Richtung vollständiges Waarenlager unter günstigen Bedingungen zu Eigenthum zu erwerben. Hiebei ist noch von besonderer Wichtigkeit, daß diesem Geschäfte eine sehr umfangreiche Kundschaft angehört.

Nähere Auskunft ertheilt auf schleunig zu machende Anfragen

Das öffentliche Geschäftsbureau von
J. P. Dewerth in Offenburg.

Z.c.926. Karlsruhe.

Punsch-Sirope

von

Johann Adam Röder

in

Düsseldorf—Cöln

allseitig als den feinsten anerkannt, empfiehlt

C. Arleth, großh. Hoflieferant.

Gasthof zu verkaufen.

Ein sehr frequentes Gasthaus in der Nähe der Schweizergrenze und an einer Hauptstation der Eisenbahn gelegen, sammt anstoßender Sommerwirthschaft, kann mit vollständiger Einrichtung unter günstigen Bedingungen unter der Hand gekauft werden.

Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes. Z.d.214.

Wiener Oelfarbendruck-Bilder.

Zu Festgeschenken besonders geeignet.

Z.d.300. In meiner Kunstanstalt in Wien sind soeben nachstehende neue Oelfarbendruck-Bilder vollendet worden und durch alle Kunsthandlungen zu beziehen:

Gegend von Salzburg in Abendbeleuchtung.

Vom Kapuzinerberge aufgenommen.

Nach dem Originale von **A. Hansch** in Wien. — 27" breit, 19" hoch.

PREIS: Auf Leinwand gespannt und gefirnisst . . . . . 14 fl. 24 kr.
" " " " " in breiter Goldrahme 25 fl.

Mozart am Dominikaner-Chor in Wien,

seine Fugen zum ersten Male spielend.

Nach dem Originale von **F. S. Schams** in Wien. — 22¼" breit, 17½" hoch.

PREIS: Auf Leinwand gespannt und gefirnisst . . . . . 14 fl. 24 kr.
" " " " " in breiter Goldrahme 24 fl.

Blumen der Heimath in Bild und Lied.

Die ersten Frühlingsblumen. Wiesen-Blumen. Wald-Blumen. Feld-Blumen. Wilde Rosen. Alpen-Blumen. Ein Blumenkranz.

Jedem Blatte ist eine sinnige Dichtung von **Joh. Nep. Vogl** beigegeben.

PREIS: In Umschlag 12 fl. — In Leinwandmappe 14 fl. 24 kr. — In elegantester Mappe von Seiden-Pouplin 18 fl. **Ihre Majestät die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich geruhte die Widmung dieses Werkes huldvollst anzunehmen und über Idee und Ausführung desselben Ihre ganz besondere Anerkennung auszudrücken.**

Ausführliche Anzeigen berichten über die übrigen bisher erschienenen Bilder.

Eduard Hölzel,
Buch- und Kunsthändler in Olmütz.

Ausser den obigen ist noch eine grössere Auswahl Wiener und Berliner Oelfarbendruck-Bilder in unserm Lokale ausgestellt, und laden wir zu deren Ansichtnahme ergebenst ein.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe (Karl-Friedrichs-Strasse 14).

Z.c.743. Genf (Schweiz).

Lotterie-Anlehen

der

Gründung des Einzigen Maurer-Tempels in Genf (Schweiz).

Genehmigt durch den Staatsrath des Kantons.

Der Ziviloerwaltungs-Ausschuß hat beschlossen, die noch übrigen **350,000** Loose vermittelst **7 Ziehungen mit je 50,000 Loosen** zu placiren.

In jeder der 6 ersten Ziehungen gibt es **140** Gewinne, worunter einer von Franken **5000** bis Franken **25 mindestens.**

In der 7ten und letzten Ziehung gibt es **142** Gewinne, darunter 1 von Franken **100,000**, 2 von **5000**, 1 von **2000** ꝛc. bis zu **25 Franken mindestens.**

Im Ganzen gibt es bei den 7 Ziehungen 982 Gewinne im Werth von **210,000** Franken und worunter einer von

Hundert Tausend Franken.

Die nächste Ziehung beginnt den 15. Januar 1864.

Ein Loos kostet . . **45** Kreuzer.
7 Loose kosten . . **5** Gulden.
15 " " . . **10** dto.

Diese Loose gelten für alle Ziehungen ohne weitere Nachzahlung.

Man kann somit bei diesen 7 Ziehungen gewinnen

130,000 Franken für 45 Kreuzer.

Näheres besagt der Plan.

NB. Alle Aufträge beliebe man unter Beifügung des Betrags in Banknoten oder andern Geldsorten in **rekommandirten Franko**-Briefen oder **Paqueten mit Werthangabe** zu senden an den **Directeur de l'Office International, rue Bonivard 6, in Genf,** das einzige mit dem Verkauf dieser Loose beauftragte Haus. Die Loose werden in rekommandirten Briefen und umgehend versandt.

Jedem, der mindestens 7 Loose nimmt, werden nach jeder Ziehung die Ziehungslisten franko zugesandt, andernfalls beliebe man 15 kr. beizufügen, wenn dieselben franko gewünscht werden.

Z.d.280. Karlsruhe.

Lieferung von Eisenbahnschwellen.

Die Lieferung der zur Unterhaltung der Großherz. Eisenbahnen für das Jahr 1864 erforderlichen Schwellen, bestehend in:

3000 Stück eichenen Stoß-Querschwellen, 8 Fuß lang, 6/10 Zoll stark,
1500 Stück eichenen Zwischenquerschwellen, 8 Fuß lang, 5/8 Zoll stark,
50 Stück eichenen Langschwellen, 3 Fuß lang, 6/10 Zoll stark,
2500 Stück forlenen oder tannenen Querschwellen, 10 bis 14 Fuß lang, 5/8 Zoll stark,
40000 Stück forlenen oder tannenen Zwischenquerschwellen, 8 Fuß lang, 5/8 Zoll stark,
50 Stück forlenen oder tannenen Langschwellen, 20 Fuß lang, 6/12 Zoll stark,
500 Stück forlenen oder tannenen-Langschwellen, 15 Fuß lang, 6/10 Zoll stark,
500 Stück forlenen oder tannenen Langschwellen, 10 Fuß lang, 6/10 Zoll stark,

wird im Soumissionswege vergeben.

Die darauf bezüglichen Angebote, in welchen die zu übernehmende Schwellensorte und Stückzahl, sodann der Preis per Stück, nebst der Güterstation, bei welcher die Auflieferung erfolgen soll, genau anzugeben ist, sind schriftlich und mit der Aufschrift „Schwellenlieferung" bezeichnet bis zum 15. Januar k. J. an die unterzeichnete Stelle einzusenden.

Die näheren Lieferungsbedingungen können bei sämmtlichen Großh. Eisenbahnämtern, bezw. Post- und Eisenbahnämtern, sowie auch bei der Verwaltung der Großh. Eisenbahn-Hauptwerkstätte und des Hauptmagazins in Karlsruhe eingesehen oder in einzelnen Exemplaren erhoben werden.

Karlsruhe, den 19. Dezember 1863.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
B. B. d. D.:
Poppen.
Spörin.

Z.d.296. Kassel.

Bebra-Fulda-Hanauer Eisenbahn.

Die Ausführung von Erd-, Planirungs- und Befestigungs-Arbeiten, sowie von Durchlässen, kleineren Brücken, Wege-Unter- und Ueberführungen in der Sektion Fulda, und zwar:

des 1ten Looses, veranschlagt zu 13,362 Thlr.,
des 2ten Looses, veranschlagt zu 132,750 Thlr.,
des 3ten Looses, veranschlagt zu 57,092 Thlr.,

soll im Wege des öffentlichen Submissions-Verfahrens an Unternehmer verdungen werden.

Die betreffenden Profile, Pläne und Berechnungen, sowie die Submissions-Bedingungen sind vom 4. Januar 1864 ab täglich in unserem technischen Centralbureau hierselbst, Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, einzusehen; auch werden daselbst Abdrücke von den Submissionsbedingungen gegen Erstattung der Kosten abgegeben werden.

Die Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Submission zur Uebernahme von Erdarbeiten ꝛc. ꝛc. zur Bebra-Fulda-Hanuar Eisenbahn" versehen, bis spätestens

den 25. Januar 1864, Vormittags 10 Uhr,

portofrei an uns einzusenden, zu welcher Zeit die Eröffnung der bis dahin eingegangenen Offerten in unserem, im hiesigen Bahnhofsgebäude befindlichen Geschäftslokale in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten erfolgen wird.

Später eingehende oder nicht bedingungsgemäße Offerten bleiben unberücksichtigt.

Kassel, den 29. Dezember 1863.

Kurfürstliche Direktion für den Bau der Bebra-Fulda-Hanauer Eisenbahn.

Z.d.292. Nr. 7416. Waldshut.

Bekanntmachung.

Höherm Auftrage gemäß vergeben wir die Hochbauarbeiten zur Erweiterung der Personenstation Kleinlaufenburg, veranschlagt zu 8300 fl., im Soumissionswege an einen Unternehmer.

Die deßfallsigen Angebote sind, in Prozenten des Voranschlags ausgedrückt, verschlossen und mit der Aufschrift:

„Soumission für die Arbeiten zur Erweiterung des Stationsgebäudes Kleinlaufenburg"

versehen, längstens bis zum 14. Januar k. J., Morgens 8 Uhr, bei uns einzurichen.

Bis dahin können die Baupläne, Arbeitsverzeichnisse und Akkordsbedingungen auf dem Geschäftszimmer des technischen Beamten eingesehen werden.

Waldshut, den 30. Dezember 1863.

Großh. bad. Post- und Eisenbahnamt.

Der Vorstand. Petitjean. — Der Ingenieur. Möglich.

Z.d.289. Nr. 4858. Mannheim.

Lieferungsantrag.

Folgende, zur Unterhaltung der Rheinbrücke zu Mannheim im Jahr 1864 erforderliche Materialien sollen im Soumissionswege geliefert werden:

I. Seilwerk.

4 gestufte, je 300 Fuß lange, 12 Linien dicke Ankerstränge.

II. Forlene Hölzer.

15 Balken, jeder 22 Fuß lang und 6/7 Zoll dick,
10 " " 31 " " " 6/7 " "
15 " " 39 " " " 6/7 " "
25 " " 46 " " " 6/7 " "
6 Geländerpfetten, jede 20 Fuß lang und 5/6 Zoll dick,
10,000 Quadratfuß Dielen, jede 22 Fuß lang, 3 Zoll dick und 7 bis 10 Zoll breit,
1000 Quadratfuß Dielen, jede 16 Fuß lang, 2 Zoll dick und 7 bis 10 Zoll breit,
200 Quadratfuß Bretter verschiedener Länge und Breite.

III. Nägel und Sendeleisen.

25,000 kleine Sendeleisen, 1000 Stück zu 10 Pfd.,
7,000 4-Zoll lange Nägel, 1000 " " 40 Pfd.,
4,000 3 " " " 1000 " " 22 Pfd.,
3,000 2 " " " 1000 " " 30 Pfd.

IV. Theer.

3 Tonnen Stockholmer Pflanzentheer.

Die Soumissionen müssen längens bis

Montag den 18. Januar 1864,

Vormittags 11 Uhr,

verschlossen, mit der Aufschrift

„Brückenmaterialien-Lieferung",

portofrei eingereicht, und können die näheren Bedingungen inzwischen auf diesseitiger Kanzlei eingesehen werden.

Mannheim, den 28. Dezember 1863.

Großh. Hauptzollamt.

Z.d.286. Nr. 558. Wilferdingen. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald „Buchwald", Abtheilung „Wachholderbusch", werden auf Borgfrist versteigert,

Mittwoch den 13. Januar 1864:

31 Klafter forlenes Stockholz, 6125 buchene und 5375 forlene Wellen.

Donnerstag den 14. Januar 1864:

54¾ Kl. buchenes Scheitholz, 144¾ Kl. forlenes Scheitholz und 11½ Kl. forlene Prügel.

Freitag den 15. Januar 1864:

7 eichene Wagnerklötze, 67 forlene Sägklötze, 8 Eichenstämme und 135 forlene Baustämme.

Man versammelt sich jeweils früh ½9 Uhr im Wachholderbusch nächst Untermutschelbach.

Wilferdingen, den 31. Dezember 1863.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Hebenstreit.

B.663. Nr. 4677. Haslach. (Bekanntmachung.) Konstantin Schmied von Hausach betreibt auf seinen Namen seit Anfangs Spätjahr d. J. einen Holzhandel; was auf dessen Anmelden vom Heutigen durch Beschluß vom Heutigen unter O.Z. 36 in das Handelsregister eingetragen wurde.

Haslach, den 21. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Bodemüller.

B.659. Nr. 14,878. Säckingen. (Bekanntmachung.) Zum Handelsregister wurde unter Nr. 14 auf Beschluß vom Heutigen, Nr. 14,878, eingetragen die Firma: „Marx Brogli" von hier; die Gesellschafter sind Othmar Oswald Brogli, Färber von hier, und Fridolin Brogli, Färber von da. Die Gesellschaft hat am 27. März 1862 begonnen. Ehevertrag des Othmar Oswald Brogli, d. d. Säckingen, den 19. Januar 1861, mit Josefa Dossenbach von Baar, Kantons Zug, wornach jeder Ehegatte 200 fl. in die Gemeinschaft einwirft, dagegen alles gegenwärtige und zukünftige Vermögen eines jeden Ehegatten verliegenschaftet ist.

Säckingen, den 19. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Fischler.
vdt. Hauser.

B.661. Nr. 6775. Gernsbach. (Bekanntmachung.) Unter Ordnungszahl 41 wurde heute in das Firmenregister eingetragen Firma Pauline Diener in Michelbach. Inhaberin Pauline Diener.

Gernsbach, den 29. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Eisenlohr.

Z.d.278. Nr. 60. Ettlingen. (Schuldenliquidation.) Franz Josef Kirnberger von Neuburgweier will nach Amerika auswandern. Forderungen sind

Montag den 11. Januar 1864

dahier anzumelden.

Ettlingen, den 30. Dezember 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.
Ruth.

Z.c.120. Nr. 92. Müllheim. (Aufforderung.) Schneider Johann Jakob Kraft von Zunzingen ist beschuldigt, am Montag den 7. d. Mts. dem Schneidergesellen Alexander Kreidenweiß bei Schneider Reinhardt in Badenweiler eine silberne Taschenuhr, ein Portemonnais mit etwa 3 fl. Geld, einen Rock, ein Paar Hosen, ein Sacktuch, eine Dose und ein Paar Handschuhe, im Gesammtwerthe von etwa 24 fl., entwendet zu haben. Da der Angeschuldigte sich der Untersuchung durch heimliche Entfernung entzogen hat, so wird er anmit aufgefordert,

binnen 3 Wochen

sich dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntniß gefällt würde.

Müllheim, den 30. Dezember 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. v. Rotteck.

Z.c.111. Nr. 74. Freiburg. (Fahndungszurücknahme.) Das Fahndungsausschreiben vom 26. v. M. gegen Maier Schloß, Schreinergesell von Heusenstamm, wird hiermit zurückgenommen.

Freiburg, den 30. Dezember 1863.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
Brummer.
vdt. Jäger.

Z.c.110. Nr. 60. St. Blasien. (Aufforderung.)

Die Konskription pro 1864 betr.

August Haselwander von Todtmoos-Glashütten, welcher mit L.-Nr. 72 in der Aushebungstagfahrt unerlaubt ausgeblieben, wird hiermit aufgefordert, sich

binnen 4 Wochen

über sein Ausbleiben dahier zu verantworten, widrigenfalls er in die gesetzliche Refraktionsstrafe von 800 fl. verfällt und des Staats- und Gemeindebürgerrechts verlustig erklärt würde. Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt.

St. Blasien, den 29. Dezember 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.
v. Scherer.

Z.c. 136. Nr. 3. Staufen. (Aufforderung und Fahndung.) Cornelius Ortlieb von Untermünsterthal, Soldat beim großh. bad. 3. Infanterieregiment in Freiburg, ist desertirt. Er wird deßhalb aufgefordert,

binnen drei Wochen

sich entweder bei seinem Regimentskommando oder hier zu stellen und zu verantworten, widrigenfalls er, vorbehaltlich seiner persönlichen Bestrafung im Betretungsfalle in die Geldbuße von 1200 fl. verfällt und des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt würde.

Zugleich wird sein Vermögen mit Beschlag belegt.

Wir ersuchen die Behörden, auf Cornelius Ortlieb, dessen Signalement hier unten folgt, zu fahnden und ihn im Betretungsfall anher zu liefern.

Signalement: Alter: 26 Jahre; Größe 5'4"4"'; Statur: besetzt; Gesichtsform: breit; Gesichtsfarbe: gesund; Haare: röthlich; Stirne: nieder; Augenbrauen: gelblich; Augen: grau; Nase: gewöhnlich; Mund: mittel; Bart: keinen; Kinn: rund; Zähne: gut.

Staufen, den 28. Dezember 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.
Metzger.

Mit einer Beilage.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.